

Erklärung von Willy Brandt auf dem Haager Gipfel (1. Dezember 1969)

Legende: Zur Eröffnung des europäischen Gipfels in Den Haag am 1. Dezember 1969 unterstreicht der deutsche Bundeskanzler Willy Brandt die Notwendigkeit und die Herausforderungen einer Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften und entwickelt seine Gedanken zur Vertiefung des europäischen Aufbauwerks.

Quelle: Bulletin der Europäischen Gemeinschaften. Februar 1970, Nr. 2. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. "Erklärung von Willy Brandt", p. 39-46.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL: http://www.cvce.eu/obj/erklarung_von_willy_brandt_auf_dem_haager_gipfel_1_dezember_1969-de-840ec5a1-a449-4822-9662-49e92450c706.html

Publication date: 19/12/2013

Erklärung von Willy Brandt (Den Haag, 1. Dezember 1969)

I.

Wenn es gut stünde um Europa, hätten wir uns heute hier nicht getroffen. Wenn unsere Gemeinschaft bereits mit einer Stimme zu sprechen hätte, dann wäre unser Hauptthema die Außenpolitik: der Frage einer europäischen Friedensordnung, die Verhandlungen mit den Staaten Osteuropas, unsere Interessen angesichts des Konflikts im Nahen Osten.

Stattdessen wird Erfolg oder Mißerfolg unserer Konferenz mit Recht daran abgelesen werden, ob wir das Schiff der Europäischen Gemeinschaft wieder in ein freies Fahrwasser bringen. Konzentriert auf unsere engeren Probleme werden wir den notwendigen Entscheidungen nicht ausweichen können, damit unsere Mitbürger wieder verstehen, daß Europa mehr ist als eine Frage von Marktordnungen. Und damit die Jugend sieht, daß Europa mehr ist als die Erinnerung an eine düster-gloriose Vergangenheit.

Dabei sind wir uns sicher einig, daß unsere Gemeinschaft kein neuer Block, sondern eine exemplarische Ordnung sein soll, die als Bauelement einer ausgewogenen gesamteuropäischen Friedensordnung taugt. In diesem Sinne sucht die Bundesrepublik Deutschland die **V e r s t ä n d i g u n g m i t d e m O s t e n i n Z u s a m e n a r b e i t u n d** Abstimmung mit ihren Partnern im Westen.

Die Verbindung, die wir miteinander eingegangen sind, soll unauflöslich sein und immer enger werden. Wenn wir die notwendige Harmonisierung erreichen wollen, müssen wir uns gegenseitig stützen, d. h. wir müssen praktisch Solidarität üben. Für die deutsche Bundesregierung erkläre ich, daß wir dazu bereit sind. Diese Bereitschaft wird von der Zustimmung unserer öffentlichen Meinung getragen.

Aber unsere Öffentlichkeit will natürlich auch wissen, welche Konsequenzen sich aus den europäischen Verpflichtungen für sie ergeben. Wie alle anderen, so muß auch die deutsche Regierung dartun können, daß die von ihr geforderten Leistungen sinnvoll, angemessen und überschaubar sind und daß der mit dem westeuropäischen Zusammenschluß eingeschlagene Weg politisch richtige ist.

Wir setzen uns hier nicht an die Stelle der etablierten gemeinschaftlichen Institutionen. Hier geht es um mehr als um eine angehobene Form der notwendigen Brüsseler Routine.

II.

Deshalb sage ich in allem Freimut: Der Deutsche Bundestag und die öffentliche Meinung meines Landes erwarten, daß ich von dieser Konferenz nicht ohne konkrete Vereinbarungen in der Frage der Erweiterung der Gemeinschaft zurückkehre.

Diese Frage beschäftigt uns seit Jahren. Kraft des Vertrages gehört sie zu den Grundfragen unserer Gemeinschaft, und nirgends stand geschrieben, daß wir uns diesem Thema erst nach der Übergangsperiode zuwenden dürften. Die deutsche Haltung ist seit Jahren bekannt. Ich meine, wir dürfen dieses Thema nicht länger vor uns herschieben.

Erstens hat die Erfahrung gezeigt, daß das Hinausschieben der Erweiterung die Gemeinschaft zu lahmen droht.

Zweitens entspricht es den gemeinsamen Interessen, wenn die Gemeinschaft sich zu einer Zeit erweitert, in der wir uns um ein engeres Zusammenwachsen zwischen West und Ost bemühen.

Drittens muß die Gemeinschaft über den Kreis der Sechs hinauswachsen, wenn sie sich wirtschaftlich und technologisch neben den Giganten behaupten und ihrer weltpolitischen Verantwortung nachkommen will.

Ich zögere nicht, ein viertes Argument hinzuzufügen: Wer befürchtet, daß sich das wirtschaftliche Gewicht der Bundesrepublik Deutschland zum Nachteil der Ausgewogenheit innerhalb der Gemeinschaft auswirken

könnte, der sollte auch deswegen für die Erweiterung sein.

Jedenfalls sage ich: Ohne England und die anderen beitragsbereiten Staaten kann Europa nicht werden, was es sein soll und was es sein kann.

Auf Grund der Erörterungen, die dieser Konferenz voraufgegangen sind, habe ich den Eindruck, daß wir uns in bezug auf die Erweiterung grundsätzlich einig sind, und das ist nicht zu unterschätzen. Ich möchte mich hier besonders an den französischen Staatspräsidenten wenden: Wenn Frankreich unseren klaren Willen, die Gemeinschaft zu vollenden und auszubauen, heute mit dem Vertrauen beantwortet, dessen es zur Erweiterung bedarf, dann ist das für uns Grund zur Genugtuung und zum Beifall.

Über das Grundsätzliche hinaus sind wir darin einig, daß die beitragswilligen Staaten die Verträge, die Vertragsziele und das gemeinsam geschaffene Folgerecht anzunehmen haben würden.

Einigkeit besteht auch darüber, daß die Leitlinien für den weiteren Ausbau, die von uns zu vereinbaren wären, den Beitrittskandidaten vorgelegt werden sollen. Nach ihrer Konkretisierung in rechtsförmlichen Beschlüssen wären auch diese von den Beitrittskandidaten zu übernehmen. Ein solches Vorgehen wird es erlauben — auf diese Feststellung lege ich Wert —, Ausbau und Beitrittsverhandlungen so parallel zu schalten, daß keiner der beiden Vorgänge den anderen aufhält, sondern daß sie einander optimal unterstützen.

Damit sind die Ausgangspositionen für die Verhandlungen soweit vorbereitet, daß ihrer endgültigen Festlegung innerhalb einer kurzen Frist keine Hindernisse mehr im Wege stehen. Ich schlage deshalb vor, die beitragswilligen Länder wissen zu lassen, daß wir es für möglich halten, im Frühjahr 1970 mit den Verhandlungen zu beginnen.

Die für unsere Verhandlungsführung erforderlichen Beschlüsse über Anpassungs- und Übergangswünsche der Beitrittskandidaten sollten wir während der Verhandlung selbst fassen und unseren Partnern als Position der Gemeinschaft präsentieren.

Häufig wird nur von England gesprochen. Dies darf nicht als eine Vernachlässigung der anderen beitragswilligen Länder verstanden werden.

III.

Das europäische Interesse gebietet, auch das künftige Verhältnis zu anderen Mitgliedern der Efta nicht außer acht zu lassen. Ich denke dabei, aus der Lage meines Landes, nicht zuletzt an Österreich und die Schweiz. Schweden stellt bekanntlich eine noch offene Frage, die es — in seinem engen Kontakt mit den anderen skandinavischen Ländern — letztlich nur selber beantworten kann.

Die enge wirtschaftliche Verflechtung der Allianzfreien mit der Gemeinschaft, der innerhalb der Efta verwirklichte Freiverkehr, aber auch die politische Funktion dieser Länder im europäischen Staatensystem, gebieten es, eine umfassende wirtschaftliche Lösung zu finden, die sie einschließt. Eine Gemeinschaft, die ihren wirtschaftlichen Ausbau und ihre politischen Ziele entschlossen weiterverfolgt, kann eine solche, im gesamteuropäischen Interesse notwendige Lösung auch nach außen vertreten. Dadurch, daß sie besonderen Situationen durch besondere Maßnahmen Rechnung trägt, wandelt die Gemeinschaft ihr eigenes Wesen nicht. Sie wird selbst nicht zur Präferenzzone, sondern bleibt Gemeinschaft.

Die Bundesregierung meint, daß die Staaten, um die es hier geht, frühzeitig ihre Wünsche vortragen und über ihre Möglichkeiten Auskunft erhalten sollten. Ich schlage dazu eine gemeinsame Gesprächsrunde mit den Beitrittskandidaten und den an anderen Formen der Zusammenarbeit Interessierten vor. Diese sollte möglichst bald nach Eröffnung der Beitrittsverhandlungen stattfinden.

IV.

Auch wenn wir hier im wesentlichen mit anderen Aufgaben beschäftigt sein werden, halte ich es für erwünscht, daß wir uns für die außenpolitische Zusammenarbeit zu einem neuen Versuch entschließen. Dies müßte mehr bedeuten als bloß den Meinungs austausch innerhalb der WEU wieder aufzunehmen und weiterzuführen.

Frühere Meinungsunterschiede über den Teilnehmerkreis an einer qualifizierten außenpolitischen Zusammenarbeit würden sich auflösen, wenn wir die Erweiterung der Gemeinschaft und die politische Zusammenarbeit in einer Perspektive miteinander verbänden. Damit würden wir auch im erweiterten Kreis die „finalite politique“ der Gemeinschaft bekräftigen, ohne daß übrigens die Bereiche des wirtschaftlichen Zusammenschlusses und der politischen Zusammenarbeit völlig deckungsgleich sein müßten.

Ich schlage vor, daß wir die Außenminister beauftragen, einen Vereinbarungsentwurf für eine schrittweise Entwicklung der politischen Zusammenarbeit unter den Mitgliedstaaten unserer Gemeinschaft auszuarbeiten, und zwar in der Hypothese ihrer Erweiterung.

Im Augenblick käme es darauf an, daß wir unsere Haltung zur Thematik einer gesamteuropäischen Konferenz gut aufeinander abstimmen. Ich hoffe, daß unsere Vertreter im Nato-Rat in den nächsten Tagen wesentlich daran mitwirken werden, einen konstruktiven Beitrag zu leisten. Niemand sollte daran zweifeln dürfen, daß wir — nach sorgfältiger Vorbereitung und unter Beteiligung unserer amerikanischen Verbündeten — an Lösungen mitarbeiten wollen, die zu größerer Sicherheit bei geringerer Rüstung führen und mehr praktische Zusammenarbeit zwischen Ost und West möglich machen.

V.

Die zunehmende Verflechtung der sechs Volkswirtschaften hat zugleich eine wachsende Abhängigkeit in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung unserer Länder mit sich gebracht, ökonomische Ungleichgewichte zwischen ihnen wirken sich heute unmittelbar und ohne größere Verzögerung auf die Gesamtentwicklung der Gemeinschaft aus. Inflationäre Tendenzen in einem Lande bedrohen rasch die Stabilität im anderen und das Gleichgewicht innerhalb der Gemeinschaft. Dies führt zu Verzerrungen und Beschränkungen im Güter-, Leistungs- und Kapitalverkehr; der Gemeinsame Agrarmarkt wird gefährdet. Durch diese Entwicklung kann die Gemeinschaft insgesamt Schaden leiden. Diese Gefahr ist nur abzuwenden, wenn wir auf dem Wege zu einer Gemeinschaft des Wachstums und der Stabilität rascher vorankommen.

Meine Regierung ist gewillt, den Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion zu gehen, und zwar nüchtern und realistisch, Schritt für Schritt. Strukturelle Unterschiede zwischen unseren Staaten und noch bestehende Divergenzen in den wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen und Verhaltensweisen sind Realitäten, die nur durch beharrliches und gemeinsames Bemühen verändert werden können. Hierzu bedarf es auch eines konvergenten Verhaltens der großen sozialen Gruppen.

Mit der Harmonisierung der Zielvorstellungen muß in einer ersten Stufe eine wirksame Koordinierung der kurzfristigen Wirtschaftspolitik einhergehen. Die Festlegung quantitativer mittelfristiger wirtschaftspolitischer Ziele ist dabei eine wichtige Aufgabe. Wenn es uns so gelingt, eine gemeinsame Wirtschaftspolitik zu entwickeln, werden wir in einer zweiten Stufe die Wirtschafts- und Währungsunion verwirklichen können.

Eine solche Entwicklung wird es notwendig machen, einen Europäischen Reservefonds zu schaffen. Auch hierzu biete ich Ihnen den vollen Kooperationswillen der deutschen Bundesregierung an. Sobald die notwendigen Voraussetzungen gegeben sind, werden wir an der Schaffung des Europäischen Reservefonds und an der Bestimmung seiner Modalitäten mitwirken. Wir werden bereit sein, dann einen bestimmten Teil unserer Währungsreserven in einen solchen Fonds zu überführen zur gemeinsamen Verwaltung mit den Reserven, die unsere Partner nach entsprechendem Anteil darin deponieren würden.

Die Bundesregierung hat es an der Bereitschaft zu währungspolitischer Solidarität schon bisher nicht fehlen lassen. Wir sind dafür, daß die diesbezüglichen Beschlüsse des Rats möglichst noch in diesem Monat konkretisiert werden.

Wir sollten im übrigen versuchen, uns ein zeitliches Ziel zu setzen für die Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion im Sinne einer weltoffenen Stabilitätsgemeinschaft. Ich schlage vor, daß sich der Rat dieser wichtigen Frage annimmt und gebeten wird, in enger Zusammenarbeit mit der Kommission die Stufen eines derartigen Planes im einzelnen auszuarbeiten und diesen Stufenplan im Laufe des Jahres 1970 zu verabschieden.

Wenn wir uns so entscheiden, geben wir ein deutliches Zeichen für unseren solidarischen Willen. Lassen Sie uns einen entschlossenen Neubeginn machen.

VI.

Die Aufgabe, daß unsere Länder auf den Gebieten der Wissenschafts- und Technologiepolitik zusammenarbeiten müssen, ist erkannt; es ist darüber schon viel geredet und geschrieben worden. Die Folgerungen aus dieser Erkenntnis werden jedoch nur langsam gezogen. Einige vernünftige Vorschläge liegen der Gemeinschaft vor. Sie müssen jedoch eingebettet werden in eine kohärente europäische Technologiepolitik. Hierfür bedarf es politischer Entscheidungen.

Dies gilt insbesondere für Euratom. Es wäre, das sage ich offen, nicht annehmbar und nicht dem Geist unserer Zusammenarbeit gemäß, wenn wir von Vollendung, Ausbau und Erweiterung sprachen und gleichzeitig zuließen, daß die mit großen Mitteln errichtete gemeinsame Forschungsstelle von Euratom in Frage gestellt wird. Und dies, weil wir uns über die Verwendung und Aufbringung von Mitteln nicht einigen können, die im Gesamtbild der projektierten Gemeinschaftsfinanzierung geringfügig erscheinen.

Mir scheint, daß wir mit der bisherigen Methode einstimmig beschlossener, sehr detaillierter und auf den nuklearen Sektor beschränkter Gemeinschaftsprogramme nicht zügig genug weiterkommen. Wir können uns hier nicht mit den Einzelheiten des Forschungsprogramms befassen. Wir können aber, und das möchte ich vorschlagen, unseren gemeinsamen Willen bekunden, die Krise von Euratom zu überwinden. Dazu sollten wir übereinkommen, den Bestand der gemeinsamen Forschungsstelle zu garantieren, ihre Tätigkeit auf nichtnukleare Gebiete auszudehnen und ihre Struktur und Arbeitsweise flexibler zu gestalten.

VII.

Wenn vom Ausbau der Gemeinschaft die Rede ist, muß ich auch ein Wort über die Institutionen sagen. Auf ihr vertragsgemäßes Funktionieren sind wir angewiesen. Das wird sich in der Phase der Erweiterung erst recht zeigen.

Ich schlage vor,

- die Arbeitsweise des Rats zu straffen,
- die exekutiven Aufgaben der Kommission sachbezogen auszubauen und die Befugnisse des Europäischen Parlaments, vor allem durch die Haushaltskontrolle, zu erweitern.

Die Struktur der Gemeinschaft muß mit den Grundsätzen der parlamentarischen Kontrolle in Einklang gebracht werden. Dabei darf man auch den im Vertrag festgelegten Grundsatz der unmittelbaren Wahl nicht aus dem Auge verlieren.

VIII.

Der Eintritt der Gemeinschaft in die sogenannte Endphase ist vom Vertrag auf den 1. Januar 1970 festgelegt. Unsere Regierungen haben sich im Rat darüber verständigt, von der Hypothese auszugehen, daß die Übergangszeit nicht verlängert wird. Folglich werden wir alles in unseren Kräften stehende beizutragen haben, die erforderlichen Beschlüsse zustande zu bringen.

Im Rat hat sich gezeigt, daß man bis zum Jahresende nicht alles bewältigen kann, was bis zum Ende der Übergangszeit bewältigt sein sollte. Dazu gehören auch Gegenstände, an denen Deutschland stark

interessiert ist, wie bestimmte Maßnahmen der Steuerharmonisierung, der Handelspolitik und der Beseitigung der restlichen Beschränkungen im inneren Markt. Wir vertrauen auf die allseitig bekundete Bereitschaft, die noch offenen Fragen so schnell zu lösen wie es möglich ist und verzichten darauf, zum Jahresende vollständige Lösungen zu fordern.

Die eigentlichen Schwierigkeiten liegen, wie wir alle wissen, auf dem Gebiet der Agrarfinanzierung. Dieses schwierige Problem hat für die Bundesregierung eine grundsätzliche und eine praktische Seite.

Wir bejahen den Grundsatz der europäischen Solidarität, der auch im Zuge des Ausbaus und der Erweiterung unserer Gemeinschaft gelten muß. Art und Umfang der Finanzierung wird durch die Gestaltung der Agrarpolitik bestimmt, und deren Funktionieren ist aus zwei Gründen unbefriedigend:

Erstens erzeugt die Gemeinschaft steigende Überschüsse. Ihre Finanzierung bindet immer mehr Finanzmittel, die an anderer Stelle gebraucht werden. Sie wird deshalb als unwirtschaftlich kritisiert und muß unsere Gemeinschaft in der öffentlichen Meinung diskreditieren, zumal die Verbraucher sich beiseitegeschoben fühlen. Überdies wird sie, wenn diese Entwicklung weiterläuft, unsere finanzielle Leistungsfähigkeit übersteigen. Wir belasten außerdem die Weltagrarmärkte mit unseren Überschüssen, was wir aus Rücksicht auf den Welthandel vermeiden müssen. Deshalb müssen wir aus wirtschaftlichen und finanziellen, aber auch politischen Gründen energische Anstrengungen machen, des Überschußproblems Herr zu werden. Dazu bedarf es jedenfalls einer gründlichen Reform des Instrumentariums der Agrarpolitik, der Marktordnungen.

Belastet ist das Funktionieren der Agrarpolitik zweitens dadurch, daß jedes unserer Länder im landwirtschaftlichen Bereich vor ungelösten Strukturproblemen steht. Ihre Lösung ist dringlich wenn wir zu ausgewogenen Strukturen unserer Gesamtwirtschaften kommen wollen. Sie wiederum sind Voraussetzung für die erforderliche Harmonisierung auf Gemeinschaftsebene.

Die Reform der Agrarstrukturen wird jedoch in starkem Maße eine eigene Verantwortung unserer Regierungen bleiben müssen. Die Erfahrung zeigt ja, daß die strukturpolitischen Aufgaben selbst von den einzelnen Regierungen „nach unten“ delegiert werden müssen. Entscheidend ist, daß wir alle die Strukturpolitik entschlossen fortsetzen und sie so koordinieren, wie es das Zusammenwachsen unserer Volkswirtschaften fordert.

Damit es hier und bei den Erörterungen der kommenden Wochen keine Mißverständnisse gibt, muß ich auch in aller Offenheit sagen, daß ich nicht nur die Interessen der deutschen Steuerzahler, sondern auch die Zukunft der deutschen Bauern zu vertreten habe. Zu meinem Programm der inneren Reformen gehört eine moderne, wettbewerbsfähige Landwirtschaft.

Dies ist der Rahmen, in dem sich das Problem in unserer Sicht stellt. Daraus folgt, daß die Bundesregierung nur in der Lage sein wird, einer Finanzierungsregelung in der Endphase zuzustimmen, wenn sie die Gewißheit hat, daß die Beratungen über das Überschußproblem, d.h. über die Reform der Agrarmarktordnungen, auf der Grundlage erfolversprechender Vorstellungen unverzüglich aufgenommen und energisch vorangetrieben werden. Alle Mitgliedsregierungen müssen ihre Vertreter im Rat verpflichten, die Arbeiten gemeinsam mit der Kommission kräftig zu beschleunigen. Dabei wird auch die bisherige Funktion der Preise kein Tabu sein können. Wir brauchen eine rechtzeitige Konkretisierung, die es uns ermöglicht, die Verpflichtungen rechtzeitig einzuschätzen, die wir übernehmen sollen.

Nur so wäre die Bundesregierung in der Lage, den gesetzgebenden Körperschaften die Zustimmung zur Finanzierungsregelung zu empfehlen. Die Notwendigkeit dieser Zustimmung ergibt sich aus der Verordnung 25/62, die die Einleitung des Verfahrens gemäß Artikel 201 EWG-Vertrag ausdrücklich vorsieht.

Der Deutsche Bundestag sieht natürlich auch einen inneren Zusammenhang zwischen Agrarfinanzierung und Erweiterung. Unter diesem Aspekt habe ich mit Befriedigung Äußerungen anderer Regierungen zur Kenntnis genommen, wonach auch sie der Auffassung sind, daß das Agrarsystem einschließlich der Finanzierungsregelung, insbesondere im Hinblick auf die Erweiterung der Gemeinschaft, anpassungsfähig

bleiben muß.

Wenn wir uns in diesem Sinne verständigen können, so wäre der Weg frei für eine Regelung der endgültigen Agrarfinanzierung. Die Kommission hat dem Rat dafür Vorschläge unterbreitet, die als ein Ganzes ihr besonderes Gewicht haben. Aber niemand von uns wird sich darüber im unklaren sein, daß wir in den nächsten Wochen und Monaten noch mit sehr harten Einzelentscheidungen konfrontiert sein werden.

IX.

Diesen Darlegungen zur Haltung meiner Regierung möchte ich nur noch hinzufügen, daß wir zwischen einem mutigen Schritt nach vorn und einer gefährlichen Krise zu wählen haben.

Ich sage hier nichts anderes als bei mir zu Hause: Die Völker Europas warten und drängen darauf, daß die Staatsmänner der Logik der Geschichte den Willen zum Erfolg an die Seite stellen. Europa braucht unseren Erfolg.

Wenn ich noch einmal auf die junge Generation aufmerksam mache, so, um Sie von dem Wunsch der Bundesregierung zu unterrichten, ein Europäisches Jugendwerk zu errichten. Wir fühlen uns dabei ermutigt durch die im ganzen sehr guten Erfahrungen, die wir mit dem Deutsch-Französischen Jugendwerk gemacht haben.

Weltpolitisch sollte unsere sich festigende und erweiternde Gemeinschaft ein doppeltes Ziel verfolgen: Durch Vereinigung seiner Ressourcen soll sie Europa instand setzen, sich wirtschaftlich, wissenschaftlich und technisch neben den Supermächten zu behaupten und dadurch seine Identität zu bewahren. Zugleich soll sie Europa befähigen, kraftvoll an der großen Aufgabe mitzuwirken, die den Industrieländern immer dringlicher gestellt wird: der Entwicklungspolitik.

Wir können unseren Idealen — dem Frieden und der Menschlichkeit — keinen besseren Dienst leisten."